

Hinweis: Eventuell kommt im nächsten Jahr auch einmal etwas federführend von den regierungstragenden Fraktionen. Das fände ich sehr schön.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Jetzt nutze ich die Gunst des Moments, gehe noch einmal auf unseren letzten Antrag ein und plädiere für eine nachhaltige Finanzierung von Frauenhäusern über 2017 hinaus. Es ist schön, dass wir diesen Etat wieder haben. Wir hätten aber gerne eine eindeutige Regelung zwischen Bund und Land, eine gesetzliche Grundlage, um die Finanzierung von Frauenhäusern regulär geklärt zu sehen. Und es ist nicht richtig einleuchtend, warum von Gewalt betroffene Frauen, die unter SGB II fallen, ihren Aufenthalt in einem Frauenhaus selbst finanzieren müssen.

Zu guter Letzt ist immer noch die Frage nach besonderen Angeboten auch für männliche Opfer häuslicher Gewalt noch völlig unberücksichtigt. Auch hier ist noch viel Luft nach oben.

Die im Bereich Emanzipation veranschlagten Mittel von 8,1 Millionen € für die Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen können nur der Anfang sein. Wir brauchen ein Finanzierungsgesetz, welches genau diese prekäre Situation aufhebt und eine gesicherte Finanzierung garantiert. Dieses ist aus unserer Sicht leider auch der kritischste Punkt im vorliegenden Einzelplan. Von daher werden auch wir dem Einzelplan 15 insgesamt nicht zustimmen können. – Ich danke Ihnen, und noch einen schönen Tag!

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Olejak. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 15. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7515, den Einzelplan in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem zu? – SPD und Grüne wie angekündigt. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? – Das sind die Piratenfraktion, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen im Hohen Hause? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 15 in zweiter Lesung mit Mehrheit angenommen.**

Wir rufen nun auf:

Einzelplan 09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Vossemer das Wort.

Klaus Vossemer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Groschek, Sie waren zwei Jahre Zeitsoldat bei der Marine.

(Unruhe – Glocke)

Daher ist Ihnen geläufig, was Flottmachen bedeutet.

Flottmachen bedeutet – erstens –, ein Schiff wieder seetüchtig zu machen oder – zweitens – ein auf Grund gelaufenes Schiff wieder ins tiefe Wasser zu bringen.

Frau Ministerpräsidentin Kraft sagte am 10. September 2014 hier in diesem Plenarsaal – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten –:

„Wir haben den sozialen Wohnungsbau wieder flottgemacht in diesem Land. Und darauf bin ich stolz.“

Seit Regierungsübernahme von SPD und Grünen im Jahr 2010 geht aber das Fördervolumen für den sozialen Wohnungsbau kontinuierlich zurück. Die 502 Millionen €, die im Jahr 2013 an Fördermitteln abgerufen wurden, sind nicht einmal die Hälfte dessen, was 2010 unter der CDU-geführten Landesregierung geflossen ist. Das waren nämlich mehr als 1 Milliarde €.

Herr Minister Groschek, daher bitte ich Sie, Frau Kraft einmal den Unterschied zwischen „flottmachen“ und „auf Grund laufen“ zu erklären.

(Beifall von der CDU – Gordan Dudas [SPD]:
Wo haben Sie denn gedient?)

Sie scheint ihn nicht zu kennen.

Noch etwas kennt Frau Kraft nicht. Am besagtem 10. September 2014 sagte die Ministerpräsidentin über die CDU-geführte Vorgängerregierung zur sozialen Wohnraumförderung – ich zitiere nochmals –:

„Bei Ihnen ist da viel in den Einfamilienhausbau gegangen.“

Unsere Frage, wie viele Mittel tatsächlich in den Einfamilienhausbau gegangen sind, hat die Ministerpräsidentin nicht beantwortet. Diese Frage kann sie auch überhaupt nicht beantworten; denn die Förderergebnisse für selbst genutztes Wohneigentum unterscheiden gar nicht zwischen Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern. Wenn es Frau Kraft in den ideologischen Kram passt, werden einfach wilde Behauptungen aufgestellt, die sich überhaupt nicht nachweisen lassen.

Wenn es Frau Kraft in den Kram passt, lässt sie auch ihrer Fantasie freien Lauf. So sagte sie am 21. Mai 2014 in einem Interview beim Kölner „Express“ – ich zitiere erneut mit Genehmigung des Präsidenten –:

„Außerdem investiert kein anderes Bundesland so viel in den sozialen Wohnungsbau wie NRW:

Bis 2017 sind das insgesamt 3,2 Milliarden Euro.“

Am 14. Oktober 2014 schreibt ihr eigener Bauminister, Herr Groschek, dazu in einer Stellungnahme – Zitat –:

Erstens. Das Land investiert nicht selber. Zweitens. Eine Garantie für die vollständige Inanspruchnahme der Fördermittel kann niemand geben.

Die Ministerpräsidentin wurde also von ihrem eigenen Bauminister eines Besseren belehrt.

Aber auch die von ihr genannten 3,2 Milliarden € stammen aus dem Reich der Fantasie. Legt man die Förderzahlen von 2013 zugrunde, wird im Jahre 2017 mindestens 1 Milliarde € weniger in den sozialen Wohnungsbau fließen.

Fazit: Was die soziale Wohnraumförderung angeht, hat Frau Ministerpräsidentin Kraft ein verzerrtes Bild der Realität. Sie lebt im Phantasialand.

(Beifall von der CDU – Minister Michael Groschek: Sie lebt in Mülheim!)

Losgelöst von den Irrungen und Wirrungen der Ministerpräsidentin fragen wir uns aber, meine sehr geehrten Damen und Herren: Was ist denn so schlimm daran, wenn Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen sich ein Häusle bauen wollen? Sollen das Häuslebauen und das Schaffen von selbst genutztem Wohneigentum denn nur den Reichen vorbehalten bleiben? Frau Ministerpräsidentin Kraft – sie ist zurzeit nicht anwesend; dann frage ich Sie, Herr Minister Groschek –, gönnen Sie den Menschen mit mittlerem Einkommen denn kein Wohnungseigentum? Die Baupolitik der Landesregierung seit 2010 lässt leider keinen anderen Schluss zu.

(Beifall von der CDU und Holger Ellerbrock [FDP])

Der jüngste Knüppel zwischen die Beine von Menschen, die sich Wohneigentum zulegen wollen, ist die geplante Grunderwerbsteuererhöhung. Dieser Fehler fügt sich nahtlos in eine Reihe von Fehlentscheidungen, die diese Landesregierung in der Wohnungsbaupolitik gemacht hat, ein: Wiedereinführung der Kündigungssperrfristverordnung, Wiedereinführung der Zweckentfremdungsverordnung, Einführung der Verordnung zur Erschwerung der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen,

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Einführung der fehlerhaften Kappungsgrenzenverordnung, ein in der Praxis untaugliches Wohnungsaufsichtsgesetz.

(Reiner Breuer [SPD]: Super Bilanz! – Jochen Ott [SPD]: Versprochen und gehalten!)

Das Fazit zu dieser Politik, Herr Kollege Breuer, konnte man in der „Süddeutschen Zeitung“ am 26. November 2014 nachlesen. Ich zitiere noch einmal:

„NRW wollte mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen – doch die Regierung bewirkt mit ihrer Politik das Gegenteil.“

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Thomas Carlyle:

„Der schlimmste aller Fehler ist, sich keines solchen bewusst zu sein.“

Das Schlimme an dieser Landesregierung ist, dass sie sich keiner Fehler bewusst und offenbar lernresistent ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und Holger Ellerbrock [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Voussem. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Becker.

Andreas Becker (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nach der Rede von Herrn Voussem muss ich zunächst einmal festhalten: Im Landtag nichts Neues. Die CDU hält an ihrem Kurs fest. Sie redet das Land schlecht. Selbst unbestrittene Leistungen der Landesregierung werden negiert. Das Einzige, was wir hören, ist „zu spät“ oder „zu wenig“.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ja auch Teil Ihrer Aufgabe. Sie bringen dann aber nicht einmal die Energie oder den Mut auf, einmal zu sagen, wo Sie wie viel Geld mehr haben wollen – und vor allen Dingen, wie Sie es finanzieren wollen. Von einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den langen Linien unserer Politik und einer Aussage, wohin Sie die Reise starten wollen, will ich überhaupt nicht reden. Da ist Schicht am Schacht.

Das soll aber nicht mein Problem sein. Ich drehe es einmal positiv und sage: Im Wesentlichen hat die CDU an unserer Politik nichts auszusetzen. Für die Bürgerinnen und Bürger heißt das: Die rot-grüne Landespolitik ist alternativlos.

Das gilt insbesondere für die Städtebauförderung. Der Bund hat seine Mittel hier insbesondere dank des sozialdemokratischen Teils der Großen Koalition von 455 Millionen € auf 700 Millionen € angehoben. Das ist eine Hausnummer. Der Anteil unseres Landes an den Bundesmitteln wächst damit von 75 Millionen € auf 115 Millionen €. Das Land ergänzt diese Summe um 1,40 € pro Bundes-Euro und setzt somit aus eigenen Mitteln 162 Millionen € für die Städtebauförderung ein. Auch das ist eine Hausnummer und ein Beispiel für einen Fakt, den Sie immer völlig ignorieren.

(Beifall von Dieter Hilser [SPD])

Meine Damen und Herren, das ist gut angelegtes Geld. Wohnen in guter Nachbarschaft, sozialer Zusammenhalt im Quartier, kulturelle Vielfalt und Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden – das wollen wir fördern. Dazu braucht es einen integrierten Ansatz, der nicht nur einzelne Investitionen sieht, sondern alle Aspekte mit in den Blick nimmt und Menschen aktiviert, sich an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu beteiligen.

Ähnlich alternativlos und gut wie die Städtebauförderung ist die Wohnraumförderung. Ich komme jetzt einmal auf Sie zurück, Herr Vossemer. Wir haben seit 2012 mit Rahmenbedingungen zu kämpfen, die sich negativ auf die soziale Wohnraumförderung auswirken. Hierzu gehören niedrige Zinsen sowie eine rasante Mietentwicklung vor allem in Wachstumsregionen, aber auch die Tatsache, dass in den Wachstumsregionen zu wenige Grundstücke zur Verfügung gestellt werden beziehungsweise zur Verfügung stehen.

Wir haben seitdem die Konditionen angepasst und verbessert. Wir haben vor allem die Klarheit geschaffen, indem wir ein Programm bis zum Ende der Legislaturperiode mit insgesamt 3,2 Milliarden € Volumen geschaffen haben. Das ist ein deutliches Signal an Investoren und Kommunen für die Verlässlichkeit der Wohnraumförderung des Landes. Damit wird auch die Ausfinanzierung größerer Fördermaßnahmen in den Kommunen über Jahre gesichert und die abschnittsweise Umsetzung von Quartierskonzepten mit verlässlichen Förderbedingungen erleichtert.

Das alles zeigt Wirkung. So dokumentiert der Schnellbericht der NRW.BANK im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zum Stichtag 30.09. sowohl für die Neuschaffung von Mietwohnraum als auch für investive Bestandsmaßnahmen eine deutlich höhere Nachfrage. Die Zahlen kennen Sie alle; der Bericht ist vorgestellt worden.

Auch die Berichte der Bewilligungsbehörden über vorliegende, angekündigte und zur Förderung noch in diesem Jahr vorgesehene Anträge zum 30.09.2014 stimmen positiv und zeichnen eine deutliche Belebung der Nachfrage nach Förderangeboten nach.

Abgerechnet wird zum Schluss beziehungsweise am 31.12., aber die Tendenz ist positiv.

Das Einzige, was Herr Schemmer im Ausschuss dazu eingefallen ist, ist die Aussage – das ist im Protokoll nachzulesen –, seiner Meinung nach könne man 1 Milliarde € durchaus finanzieren, im Haushaltsentwurf seien 800 Millionen € vorgesehen; er gehe aber davon aus, dass bestenfalls 500 Millionen € gebraucht würden. – Herr Schemmer, nur weil Sie nicht wissen, was Sie wollen, der Landesregierung Konzeptlosigkeit vorzuwerfen, ist, höflich formuliert, ein Denkfehler.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch einige Beispiele mehr nennen, aber die abgesprochene Redezeit lässt das nicht zu.

Schon mit Blick auf die Städtebauförderung und die Wohnraumförderung wird deutlich, dass Nordrhein-Westfalen auch in den Bereichen Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung bei uns in guten Händen ist. Das ist ein guter Haushalt. Wir stimmen ihm auch zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Becker. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Landesregierung beginnt die Haushaltsberatungen mit der Aussage, wir hätten kein Ausgabenproblem, sondern wir hätten ein Einnahmenproblem – trotz sprudelnder Steuerquellen. In jedem Fall ist richtig: Die öffentliche Hand in Nordrhein-Westfalen hat de facto keine finanziellen Handlungsspielräume mehr.

Wenn das so ist, dann muss es doch Ziel sein, privates Kapital für öffentliche Aufgaben zu mobilisieren. Dann muss es Ziel sein, private Investoren zu finden, die dann auch investieren wollen.

Im Bereich Bauen und Wohnen, Herr Minister, gibt es Tendenzen, die genau das Gegenteil bewirken. Oftmals medial unterstützt werden apokalyptische Darstellungen über Mietverhältnisse gemacht, die im Einzelfall auch bestehen und katastrophal sind, aber sie werden verallgemeinert. Sie, Herr Minister, gehen hin und reden, befürchtend oder schon erlebt, von Luxusghettos und Armenvierteln. Reisen bildet, aber nach Bombay zu fahren und das auf Nordrhein-Westfalen zu übertragen, das ist einfach unzulässig, das ist Stimmungsmache. Ich schätze Sie mit Ihrer hemdsärmeligen Argumentationsart, aber manchmal sollte die Realität ein bisschen stärker zum Tragen kommen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben viele Verbesserungen, zum Beispiel bei der LEG, was Sanierung und Bestandserhaltung usw. angeht. Aber das wird negiert, ja, die Unternehmen werden als Heuschrecken diskreditiert. Meine Damen und Herren, waren oder sind die kommunalen Wohnungsbauunternehmen so viel besser?

(Jochen Ott [SPD]: Oh ja!)

Was war denn mit der Neuen Heimat? Meine Damen und Herren, das ist eine andere Sache. Oftmals wird dargestellt, dass der private Vermieter ein kalter Sozialschädling sei. In Wirklichkeit sind – selbst nach Ihrer Aussage – weit über 95 % der Mietverhältnisse in Ordnung. Der eine weiß den an-

deren zu schätzen. Wir müssen uns vor Augen halten, mehr als 70 % der Mietwohnungen werden von den privaten Vermietern angeboten.

Sie, Herr Minister, gehen hin und sagen, wir müssten eine Mietpreisbremse einführen, weil in sieben Städten – dort auch nicht flächendeckend, sondern nur in einzelnen Stadtteilen oder Quartieren – ein überspannter, überhitzter Wohnungsmarkt bestünde. Sie haben ein Gutachten vergeben, das nachweist, dass in Bottrop und Euskirchen – Kollege Schemmer, Sie werden gleich noch andere Beispiele aus dem Münsterland anführen – ein überspannter Wohnungsmarkt vorhanden ist. Das ist Ihre Begründung für die Mietpreisbremse in 59 Städten.

Ich habe gelernt, wenn ein Gutachten vergeben wird und dieses nicht der Realität entspricht, dann muss ich die Kriterien beim Gutachten ändern. Sie, Herr Minister, sagen dagegen: Dann muss ich die Realität einem falschen Gutachten anpassen. – Meine Damen und Herren, damit wird Stimmung gemacht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ferner gehen Sie im Mikrofokus hin und sagen, Sie müssten nur das Stadtgebiet betrachten. Sie reden doch sonst immer zu Recht von Vernetzung. Warum benutzen wir nicht als Basis für Fragen der Mietpreisbremse den Pendlerverflechtungsraum? Ich weiß, in Duisburg besteht ein Überangebot an äußerst preiswertem Wohnraum, der mit dem schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr sogar schneller zu erreichen ist als teilweise die Stadtteile in Düsseldorf untereinander. Nein, meine Damen und Herren, das kann nicht richtig sein.

Zu dem Bereich Grunderwerbsteuer hat der Kollege Vossemer schon das Richtige gesagt. Heute Morgen haben wir ja gelernt, die Grunderwerbsteuererhöhung müssten wir machen, weil es die Schuldenbremse gibt.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist lächerlich!)

Das ist ja wohl etwas ganz Neues. Wir wissen zwar schon seit Jahren, dass sie auf uns zukommt, hier ist es aber offenbar etwas Neues. Sparen bei der SPD – so in der letzten Ausschusssitzung – heißt: 280.000 einsparen, eine Million zusätzlich ausgeben. Dann habe ich doch ein Minus von 720.000. Das ist Sparen bei der SPD.

Mit dem Milieuschutz verhindern Sie Investitionen; Sie verhindern, dass Toiletten auf der halben Treppe weggenommen werden; Sie verhindern, etwas Vernünftiges zu machen.

Im LEP haben Sie einen Fetisch, dass es hier ein Nullwachstum gibt.

Meine Damen und Herren, wir als FDP setzen auf eine Baulandmobilisierung. Wir sagen Nein zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Wir wollen verbes-

serte Abschreibungsmöglichkeiten, die Wiedereinführung der degressiven AfA. Wir sagen Ja zur Modernisierungumlage, weil sie ein fairer Lasten- und Leistungsausgleich zwischen Vermieter und Mieter ist. Wir wollen überzogene Standards senken, Stichwort: Energieeinsparverordnung. Ich verweise auf den Artikel im letzten „Spiegel“, in dem es um den Dämmwahn in Deutschland geht. Wir sagen Nein zum Nullwachstumsfetisch im LEP; denn wir benötigen Flächen. Das muss richtig sein.

Wir lehnen diesen Haushalt ab. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir diskutieren mit diesem Einzelhaushalt die Wohnungspolitik, die Städtebauförderpolitik und auch die Denkmalschutzpolitik des Landes. Gutes Leben heißt für uns und für diese Landesregierung auch gutes Wohnen. Dazu gehört bezahlbarer Wohnraum. Dazu gehört energetische Sanierung, und dazu gehört auch barrierefreies Wohnen, das es Menschen ermöglicht, an der Gesellschaft teilzuhaben.

Herr Ellerbrock, was Sie hier vorgetragen haben, war

(Holger Ellerbrock [FDP]: Genau richtig!)

in der Sache nicht besonders neu. Man hat es schon einmal von Ihnen gehört. Aber es war wieder ein Programm von bemerkenswerter sozialer Kälte. Auch das ist nicht besonders neu an der FDP. Auch das hat man schon einmal gehört.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Schauen Sie, Herr Ellerbrock, wenn Menschen mit einem mittleren Einkommen nicht mehr in der Lage sind, Wohnungen in ihrem angestammten Quartier zu bezahlen bzw. im angestammten Quartier umzuziehen, wenn sie zum Beispiel Kinder bekommen haben, dann müsste man doch eigentlich wissen, dass etwas falsch läuft in dieser Gesellschaft.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Da müsste man doch eigentlich auf die Idee kommen, dass es die Aufgabe des Staates nicht ist, privates Kapital weiter zu vermehren – Sie haben ja eben noch einmal ein flammendes Plädoyer für bestimmte Wohnungsunternehmen gehalten, die wir als Heuschrecken in der Enquete-Kommission untersucht haben –,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

sondern dass es Aufgabe des Staates sein muss, genau diejenigen zu schützen, die der Markt nicht schützt. Ich weiß, das ist nicht FDP-Politik. Aber es ist unsere Politik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir werden mit der Fusion von Annington und Gagfah – so sie denn stattfindet; das ist aber hochwahrscheinlich – das größte Wohnungsunternehmen auf dem deutschen Immobilienmarkt und das zweitgrößte europäische Immobilienunternehmen bekommen. Wenn man sich noch einmal vor Augen führt, wie die Wohnungspolitik beider Unternehmen in der Vergangenheit gewesen ist – das ist medial wirklich ausreichend dokumentiert –, dann kann man doch sehen, dass an so einer Stelle jetzt öffentliches Kapital eingesetzt werden muss, um private Rendite zu finanzieren. Da ist in den vergangenen Jahren sehr viel an privater Rendite ausgeschüttet worden, und jetzt müssen wir hingehen und versuchen, mit Mitteln der Städtebauförderung und auch der Wohnraumförderung wieder Adressen zu reparieren und Quartiere wiederherzustellen. Das ist doch die Situation in Nordrhein-Westfalen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Quatsch!)

Das haben Sie doch gesehen; das wussten Sie genau. Ich kann es Ihnen in meiner Heimatstadt, Herr Ellerbrock, auch gerne noch einmal vorführen. Da waren wir damals nicht. Schauen Sie sich einmal an, was in Dortmund-Westerfildel gelaufen. Dann wissen Sie auch wirklich, wovon wir reden.

Wir haben gesagt, wir wollen, dass Menschen in ihrem angestammten Lebensumfeld bleiben können. Wir konzentrieren unsere Förderpolitik darauf, dort zu helfen, wo es notwendig ist. Wir konzentrieren auch unsere Ordnungspolitik darauf. Das heißt in Nordrhein-Westfalen sehr klar: Wir haben Verordnungen, etwa die Kappungsgrenzenverordnung, daran ausgerichtet, Menschen zu schützen und dafür zu sorgen, dass ihr angestammtes Lebensumfeld auch in Zukunft ihr angestammtes Lebensumfeld sein kann, sodass sie nicht gezwungen sind, in die Nachbarkommune zu ziehen, weil sie in ihrem Stadtteil oder in ihrer Stadt keinen bezahlbaren Wohnraum finden.

Übrigens werden wir aufgrund der Politik der Bundesregierung – damit haben Sie als FDP nichts zu tun; das stimmt – eine Mietpreisbremse in der zweiten Stufe umsetzen, so sie denn demnächst kommt. Der dazwischen liegende Zeitraum stellt natürlich ein erhebliches Problem dar. Leider gibt es innerhalb des Zeitraums, der zwischen der Ankündigung der zweiten Mietpreisbremse und ihrer Umsetzung verstreicht, auch Anpassungstendenzen auf dem Markt. Aber insgesamt ist das die Politik von Herrn Schemmer und der Großen Koalition. Das ist die Politik der Kanzlerin Merkel, die im Wahlkampf gesagt hat, wir brauchen in der Bundesrepublik eine

Mietpreisbremse für Neuvermietungen. Das wird jetzt auch gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insofern ist inzwischen auch bei der CDU angekommen, dass auf dem Wohnungsmarkt etwas ins Ungleichgewicht geraten ist und dass es richtig ist, das zu tun.

Ich will, wenn Sie mir gestatten, noch zwei Sätze zum Thema Denkmalschutz sagen. Ich glaube, dass das ein wirkliches Erfolgsmodell geworden ist. Wir haben uns entschlossen, Kredite für den Bereich des selbst genutzten denkmalgeschützten Eigentums zur Verfügung zu stellen. Das ist ein wirkliches Erfolgsprogramm. Es ist im Land hervorragend angenommen worden. Der Titel ist bereits überbucht. Das läuft ausgezeichnet. Sie können sich gern bei Ihren Kollegen und Kolleginnen über den Beirat der Wohnraumförderung informieren. Da wird man Ihnen das auch noch einmal zahlenmäßig belegen können. Ich glaube, das zeigt, dass Nordrhein-Westfalen hier auf dem richtigen Weg ist: ein vernünftiger Einsatz der Mittel, ein vernünftiger Mix mit Ordnungspolitik im Interesse der Menschen und im Interesse des guten Lebens in diesem Land. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneckenburger. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Besucher hier und im Stream in den Quartieren!

(Beifall von Minister Michael Groschek)

Ich könnte jetzt die Rede vom letzten Mal halten. Es hat sich nicht viel verändert. Aber das tue ich nicht; denn genau das ist bei diesem Einzelplan leider das Problem. Wir haben lange Geduld gehabt und gewartet. Wir haben den schönen Worten des Ministers zugehört und gewartet, bis Handlungen folgen. Wir haben eine neue Priorisierung in der Verkehrs-, Siedlungsentwicklungs- und Wohnungspolitik, die auch tatsächlich im Haushalt sichtbar wird, erwartet und nicht nur Lippenbekenntnisse – eine lange Linie, Herr Becker.

Aber ich habe bisher umsonst gewartet. Die bisherige Priorisierung hat die Infrastruktur vor die Wand gefahren und die Wohnungsprobleme verschärft. Nichts sind Sie angegangen: keine Verkehrswende, nur ein Placebo für die Nahmobilität, Radschnellwege im Haushalt: Fehlanzeige, bei der Quartiersentwicklung nur alter Wein in neuen Schläuchen.

Zum Bejubeln bleibt die Wohnungsaufsicht. Sie ist so kostenneutral, dass sie ohne Personal auskommen muss – Personal, das in Städten anderer Bun-

desländer für den Erfolg dieser Wohnungsaufsicht verantwortlich ist. Es bleibt also bei Symbolpolitik, und da jubele ich nicht mit. Ich verlange weder Phantasie noch Kreativität, sondern nur, dass getan wird, was jede Verkehrswissenschaftsstudentin oder jeder Geographiestudent im ersten Semester referieren kann.

Ja, es gibt einen Mittelzuwachs im Einzelplan, aber überwiegend nur, weil es sich dort um Bundesmittel handelt, die erhöht wurden, obwohl wesentliche von Minister Groschek angekündigte Bundesmittel dabei noch fehlen. Sie hatten so etwas wie einen persönlichen Blitzmarathon und sind beim Bund gleich mehrfach abgeblitzt – zuletzt mit Regionalisierungsmitteln –, und zwar nicht beim Finanzminister, sondern bei Ihren Ex-Arbeitskollegen im Bundestag. Sie haben den Bundeskoalitionsvertrag selbst mit ausgehandelt, aber dabei für NRW nichts erreicht.

Dennoch zeigen Sie auf den Bund, wenn zu wenig Geld da ist. Aber wenn es wie bei der Städtebauförderung um ein neues bundesweites Programm geht, ist es plötzlich das Verdienst des Landes. Das Land übernimmt seinen Anteil, ja, aber eine Initiative des Landes ist es nicht. Natürlich freuen wir uns, dass die Städtebauförderung wieder eine etwas größere Rolle in der Bundespolitik spielt und das Land davon profitiert.

Doch wir vermissen im Land einen intelligenten Ansatz, mit dem die sehr unterschiedlichen Problemlagen und Aufgaben in den Regionen und Städten angegangen werden. Die Wohnungsmärkte der wachsenden Städte brauchen eine ganz andere Begleitung als die scheinbar entspannten Wohnungsmärkte. Vor allem dürfen wir letztere nicht einfach vergessen.

Ihre Politik, nur der Logik von Angebot und Nachfrage hinterherzuhinken, führt dort nicht zu einer nachhaltigen Flächen- und Siedlungsentwicklung. Was nutzt ein prosperierendes Düsseldorf – oder mittlerweile nur noch ein halbwegs prosperierendes Düsseldorf –, wenn gleich nebenan Duisburg abgerissen wird, außer an den S-Bahnhöfen. Ihre Politik bedeutet letztlich: Stadtteile mit öffentlichem Geld abreißen, lokal sich konzentrierende Problemlagen nur dort mit entsprechenden Programmen bearbeiten und auf der anderen Seite verzweifelt versuchen, Investoren in den prosperierenden Lagen davon zu überzeugen, dass sie öffentliche Mittel annehmen, sich langfristig binden und auf Margen verzichten, die der Markt allerdings locker hergibt. All das ist in der Form nicht besonders vielversprechend, aber bewährt – halt ein klassisches „Weiter so“. Das ist schlecht.

Der Gesamthaushalt des Landes ist gewachsen,

(Jochen Ott [SPD]: Kein einziger Vorschlag!)

gerade der Einzelplan 09 für Infrastruktur und Wohnungsbau jedoch nicht. Dabei haben wir doch gerade hier mit Problemen der Unterfinanzierung zu

kämpfen, weil über Jahre hinweg wenig weitsichtig gehandelt wurde. Minister Groschek trägt zum Sparen bei. Das Kabinett nimmt das sicherlich gerne. Aber damit verschläft NRW mal wieder die Entwicklung und bröseln einfach weg.

Ich verlange hier eine neue Prioritätensetzung, eine Änderung der Verkehrs-, Siedlungsentwicklungs- und Wohnungspolitik. Doch wer so spart,

(Jochen Ott [SPD]: Wo wird denn im Haushalt gespart?)

dass zwar beim Landesstraßenbau gestrichen wird, aber gleichzeitig keine neuen Perspektiven eröffnet werden, setzt keine neuen Prioritäten und passt die Politik nicht den Anforderungen an. Die Landesregierung findet Gründe, „Weiter so“ mit Sparzwang zu verbinden. Das kann nicht gut gehen. Denn „Weiter so“ ohne Sparzwang hat bereits in die Sackgasse geführt: siehe Grunderwerbsteuer. Auch bei ihr gibt es keine gewollte Lenkungswirkung, keine Investitionen in den Bereich, der die Nachteile zu tragen hat.

Keine Maßnahme des Ministers zeigt, dass er eine Wende aus dieser Gasse versucht. Die kreativste Maßnahme war wohl die Umstellung der Denkmalförderung, aber auch das sind Einsparungen zu hohen Kosten. Und Überbuchen, Frau Schneckenburger, ist kein Erfolgsindikator.

Die Landesregierung kürzt 2015 ein weiteres Mal das Wohngeld. Von 415 Millionen € in 2012 bleiben dann nur noch 250 Millionen € übrig, 40 % weniger.

(Jochen Ott [SPD]: Was ist das denn? Das ist doch Schwachsinn! Was erzählen Sie denn da?)

Der Minister vermeidet wie bei der Ausbildungspauschale selbst dynamische Anpassungen an die Teuerungsrate. Beim Bund fordert er dies ständig.

(Jochen Ott [SPD]: Erklären Sie mir das unter vier Augen!)

Es gibt aber eine auffällige Mittelserhöhung um 6,7 Millionen € oder 24 % für das Ministerium selbst. Genau das ist ein Hoffnungsschimmer. Denn diese Ressourcen sollten Sie nutzen. In Ihrem Ministerium, Herr Groschek, arbeiten ja auch fähige und kreative Menschen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Jochen Ott [SPD]: Ganz schwach!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bayer. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Groschek das Wort.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Junge, Junge.

(Vereinzelt Lachen und Beifall von der SPD)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion und der Haushalt bestätigen: Wir sind mit der richtigen Prioritätensetzung in einem großen Bündnis für Wohnen und Stadtentwicklung. Oder wenn Sie es anders formulieren wollen: Wir in Nordrhein-Westfalen fördern und stärken soziale Vielfalt, Herr Ellerbrock, keine Ghettoisierung – weder links noch rechts noch oben noch unten. Vielfalt ist das Stichwort.

Wir fördern und stärken Heimat, Heimat vor der Haustür, in den Quartieren, Heimat regional durch eine Stärkung des Formats der Regionalen. Superergebnis: Westmünsterland, Herr Kollege Schemmer – Regionale 2016.

Und wir fördern urbane Kraftwerke. Denn Nordrhein-Westfalen ist nicht das Land der armen Kirchenmäuse – kommunal –, sondern wir haben auch einen urbanen Reichtum, den wir stolzer präsentieren und weiterentwickeln sollten. Das werden wir tun. Dazu bietet der Haushalt eine ausgezeichnete Grundlage.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte mich bei allen Akteuren des Bündnisses für Wohnen bedanken, die gemeinsam mit unserem Ministerium eine richtige Akzentuierung hinbekommen, 15 Bundesländer neidisch gemacht und den Bund zum Nachahmen gebracht haben. 15 Länder gucken nämlich auf vier Mal 800 Millionen € Förder-spielraum, kontinuierlich abgesichert bis ans Ende der Wahlperiode. Das hat kein anderes Bundesland. Das Bündnis hat es geschafft. Deshalb: Danke, Bündnis für Wohnen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie den Mittelabfluss vergleichen, vergleichen Sie Äpfel mit Birnen. Gerade von Ihnen hätte ich erwartet, dass Sie auf Herrn Draghi eingehen.

Das ist jetzt nicht mein Thema. Aber die systematisierte Enteignung von Sparvermögen ist eigentlich eine Diskussion wert. Denn spiegelbildlich führt dieser Enteignungsprozess dazu, dass es kaum noch Anreize im finanziellen Kreditbereich gibt. Deshalb haben wir intelligenterweise keine Bargeldförderung neu aufgenommen, gegen die Konsolidierung, sondern Tilgungsnachlässe implantiert, gegen den Willen der CDU.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Die CDU hat es bekämpft, hat den Untergang der Bank an die Wand gemalt. Andere waren schlauer, haben mitgemacht. Vielen Dank denen, die mitgemacht haben, Herr Kollege Ellerbrock.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Jetzt kommen wir zu der Frage: Eigentumsförderung und Grunderwerbsteuer. Ja klar, die Grunderwerbsteueranpassung nach oben ist kein Instru-

ment der sozialen Wohnraumförderung, sondern ein Instrument der Haushaltskonsolidierung. Deshalb werden wir das Instrumentarium der sozialen Wohnraumförderung nutzen, um sozial auf keinen Fall gewollte Ausreißer zu korrigieren. Das kann sein, jetzt den Prüfvorgang einer Bundesratsinitiative zu starten. Das wird aber auch eine deutliche Neuakzentuierung der Fördertatbestände bei der Förderkulisse 2015 sein. Das werden wir gemeinsam zu Jahresbeginn erörtern.

Ein Hinweis: Wir brauchen neben der finanziellen Förderung zusätzlich Grundstücksmobilisierung. Das ist und bleibt richtig. Deshalb müssen wir das Bündnis für Wohnen kommunalisieren. Nur wenn die kommunalen Akteure mit einsteigen und die Kommunen sich bemühen, Bauland zu mobilisieren, werden wir die gewünschten Angebotseffekte haben, wo eine überbordende Nachfrage auf einen Engpass trifft.

Gagfah und Annington: Es geht nicht darum, im Wahlkampfmodus Klischees an die Wand zu nageln, sondern es geht darum, Chancen einzuräumen. Die jetzigen Geschäftsführungen der Deutschen Annington und der Gagfah sagen selbst: Wir sind nicht mehr so. Deshalb sage ich: Jeder hat natürlich die Möglichkeit, vom Saulus zum Paulus zu werden. Dafür muss er noch nicht einmal katholisch sein.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Eben. Nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Deshalb freue ich mich auf viel Tatkraft bei den neuen Geschäftsführern der neu integrierten Annington/Gagfah oder wie immer die dann heißen wird.

(Jochen Ott [SPD]: Amen!)

– Genau.

Noch ein Nachwort, Kollege Ott. Stadtentwicklung, Denkmalpflege ist im Haushalt mit 262 Millionen € abgebildet. Wir, Herr Kollege Vossemer, zahlen den größeren Anteil davon. 177 Millionen € zahlt das Land. Deshalb bin ich dankbar, dass wir diesen finanziellen Spielraum eingeräumt bekommen haben,

(Beifall von der SPD)

weil der Bund das nur mit 85 Millionen € kofinanziert. Das zeigt, dass das Land nicht nur ein großes Herz für seine Kommunen hat, sondern auch eine offene Briefftasche. Das soll unseren kommunalen Freundinnen und Freunden gegenüber auch so bleiben. Die Denkmalmittel sind auf Vorjahresniveau.

Kollegin Schneckenburger hat genau darauf hingewiesen, dass wir eine neue Erfolgswelle bei der NRW.BANK haben. Das ist das Darlehensprogramm für Denkmalpflege und Denkmalschutz. Das ist toll, das ist überbucht. Es gibt eine riesige Nachfrage. Ich glaube, die Mittelkürzungen waren des-

halb verkraftbar, weil sie relativ ausgeglichen werden konnten.

Ich freue mich auch in 2015 auf eine engagierte Zusammenarbeit und auf den Streit da, wo er überhaupt nicht zu vermeiden ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Breuer.

(Reiner Breuer [SPD]: Ich dachte, Herr Schemmer spricht erst!)

– Pardon. Ich habe einen Fehler gemacht. Ich entschuldige mich ausdrücklich. Herr Breuer, Sie waren zu Recht überrascht. Und Herr Schemmer auch, denn er ist jetzt dran.

(Heiterkeit)

Tut mir leid, Herr Schemmer. Sie haben selbstverständlich das Wort. Nach alter Sitte Rede und Gegenrede; nach dem Minister spricht wieder die Opposition. Bitte, Herr Schemmer.

(Gordan Dudas [SPD]: Aber mit der Reihenfolge steigern wir die Qualität!)

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Vielleicht eine kleine Anmerkung vorweg. Nun habe ich vorhin in den ganzen Reden gehört, dass alles, was im Land bei Rot-Grün nicht läuft, an dem bösen Schemmer liegt. Dass der jetzt aber auch noch vom Redepult weggehalten werden sollte,

(Heiterkeit von Minister Michael Groschek)

so weit war das bei mir bis dato nicht rübergekommen. Ich wusste auch gar nicht, dass die Opposition so wichtig ist.

(Gordan Dudas [SPD]: Wir auch nicht! Die kosten nur unsere Lebenszeit!)

Wenn ich dann die Äußerungen von Minister Groschek vorhin gehört habe – da merkt man, dass Sie vorgestern nicht bei der Anhörung zur Grunderwerbsteuer gewesen sind. Da war nämlich Folgendes: Da gab es einen Verriss Ihrer desolaten Wohnungsbaupolitik, und zwar gerade von den Mitgliedern des sogenannten „Bündnisses für Wohnen“, das Sie gerade angesprochen haben.

(Jochen Ott [SPD]: Sind wir gerade beim Thema „Verkehr“?)

Die haben gesagt: zu viele Vorschriften, zu viele Eingriffe in den Wohnungsmarkt, zu wenig Eigentumsbildung und zu wenig Neubau für die Schwächeren. In diesem Land fehlt dem Wohnungsbau schlicht die Luft.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir uns jetzt mit dem Verkehr beschäftigen, sollten wir ein bisschen zurückblicken. Konfuzius hilft uns. Der sagt: „Fordere viel von dir selbst und erwarte wenig von den anderen. So wird dir viel Ärger erspart bleiben.“ – Minister Groschek macht das genau andersherum. Er fordert nichts von der eigenen Landesregierung, aber viel von anderen.

(Beifall von Klaus Vossemer [CDU])

Ich liefere ein paar Beispiele an Überschriften aus der Presse: „Groschek fordert mehr Geld für Bus und Bahn“ – „Rheinische Post“ 27. November 2014. „Groschek fordert Infrastrukturgipfel“ – „Express“ 17. Oktober 2014. „Groschek fordert mehr Geld für Autobahnen und Brücken“ – WDR 11. Juli 2014. „Minister Groschek fordert die Ausweitung der Lkw-Maut“ – „Die Welt“ 6. Juni 2013.

(Jochen Ott [SPD]: So viel Wahres hat er gesagt!)

Wenn man die Worte „Minister Groschek fordert“ ins Internet eingibt, dann kann man Stunden damit verbringen, die einzelnen Forderungen aufzurufen und sie sich anzusehen. Es gibt nichts auf dieser Welt, was Sie noch nicht gefordert hätten.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist alles richtig! Wo sind Sie, Herr Schemmer? Wo sind Sie?)

Die Anzahl dieser Forderungen ist schlicht rekordverdächtig, und bis auf wenige Ausnahmen sind die Forderungen eigentlich immer die gleichen:

(Zuruf von Daniela Schneckenburger [GRÜNE])

Der Bund muss mehr Geld geben.

(Jochen Ott [SPD]: Ja, was denn sonst?)

Der Groschek war ja früher einmal Generalsekretär. Manchmal ist er es, manchmal ist er es nicht.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Ich sage ganz einfach: Er sollte Forderungsminister genannt werden. Denn das ist das, was er eigentlich am besten kann. Das einzige, was in diesem Land neben den Schulden sonst noch steigt, sind die Forderungen des Ministers an den Bund.

(Jochen Ott [SPD]: Keinen Schlag tun Sie, Herr Schemmer!)

Kommen wir zu den Zahlen hier in Nordrhein-Westfalen. Seit 2006, in neun Jahren, ist der Haushalt von 48 auf 64 Milliarden € angestiegen. Milchmädchenrechnung: 33 %. Der Haushalt des Verkehrsministers ist in dieser Zeit sogar marginal gesunken. Aber insgesamt ist der Anteil am Haushalt um 33 % gesunken. 42 Millionen € wurden im letzten Jahr beim Bundesfernstraßenbau zurückgegeben. In diesem Jahr sind es nur 596 Millionen €, also 139 Millionen € weniger als im letzten Jahr. Das ist passiert, weil Sie so wenig angemeldet haben. Das Ganze ist im Sinkflug.

(Der Redner hält ein Diagramm hoch.)

– So sieht der rot-grüne Sinkflug der Investitionen im Bundesfernstraßenbau aus. Das sind Ansätze, die unerträglich sind. Wenn wir nicht einmal mehr drei Viertel dessen schaffen, was das grün-rote Baden-Württemberg schafft, dann müssen wir sagen, dass das Ganze schon etwas schwierig geworden ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Mostofizadeh?

Bernhard Schemmer (CDU): Immer.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist ein Wort. – Bitte schön.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! – Herr Schemmer, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Das ist genau der richtige Zeitpunkt. Ich möchte auch Sie fragen: Wo wird die CDU-Fraktion ihr Versprechen oder ihr Vorhaben einlösen, in diesem Einzelplan 15 % in diesem Jahr und im nächsten Jahr 20 % im Bereich der Förderprogramme einzusparen? Welchen konkreten Vorschlag haben Sie heute für uns oder spätestens in der nächsten Woche auf den Tisch zu legen?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sinkflug der CDU! Das wollen wir jetzt wissen!)

Bernhard Schemmer (CDU): Zum Thema „Förderprogramme“ kann ich Ihnen nur sagen: das Sozialticket streichen und stattdessen investieren. Dieser Vorschlag von uns ist uralt. Und ich kann Ihnen nur empfehlen: Sie müssen weniger konsumieren und mehr investieren.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aber wo?)

Aber Roten und insbesondere Ihnen ist ja jede Form von Investieren fremd,

(Jochen Ott [SPD]: Das ist der letzte kalte Krieger!)

und im Konsumieren sind Sie sogenannte Weltmeister.

(Beifall von der CDU)

Kurzum: Die Mittel für den Landesstraßenbau betragen nun 37 Millionen €, die Hälfte dessen, was früher einmal war, nämlich 75 Millionen. Ich kann nur sagen: In diesem Land findet vernünftige Verkehrspolitik nicht mehr statt. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und Christof Rasche [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schemmer. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Breuer von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Reiner Breuer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ein Déjà-vu aus den Beratungen des Fachausschusses. Denn da hat Herr Schemmer schon exakt dasselbe intoniert und ein Zerrbild davon gezeichnet, wie Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen stattfindet und was diesen Haushalt abbildet.

(Beifall von Jochen Ott [SPD] und Marc Herter [SPD])

Das hat mit der Realität leider, Herr Schemmer, nichts zu tun. Sie reden das Land schlecht. Das ist nicht nur schlecht für das Land, sondern auch für Sie, aber Sie merken es noch nicht.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Es fängt damit an – zu dem Schaubild werde ich Ihnen gleich etwas sagen –, dass Sie leugnen, dass das Land NRW deutlich mehr Geld auch für den Fachbereich Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr bereitstellt. Wenn Sie den Haushalt richtig gelesen hätten, würden Sie wissen, dass 50 Millionen € mehr Mittel im Vergleich zum Vorjahr bereitgestellt werden und dass das Gesamtvolumen bei 3,14 Milliarden € liegt.

Wir steigern ganz bewusst im investiven Bereich und versuchen dort zu sparen, wo es konsumtiv ist. Wir treten also auf die Schuldenbremse, ohne dass wir eine Vollbremsung machen und damit möglicherweise den Konjunkturmotor abwürgen. Wir tragen die schwarze Null nicht wie eine Monstranz vor uns her, sondern versuchen sehr dezidiert zu prüfen, wo wir sparen können.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Verkehrspolitik liefern wir mit diesem Haushalt wieder einmal umweltfreundlichen Treibstoff für mehr Mobilität in Nordrhein-Westfalen. Wir tun das ganz bewusst und gezielt im Bereich des Landesstraßenbaus, wo wir weiterhin nach dem Prinzip vorgehen, Erhalt geht vor Neubau. Wir setzen einen Schwerpunkt auf den Substanzerhalt und haben einen klaren Vorrang des Landesstraßenerhalts vor dem Neubau von Landesstraßen. Den geben wir zwar nicht ganz auf, aber wir konzentrieren die 37 Millionen € auf sinnvolle Vorhaben.

Dabei ist der Landesbetrieb Straßen.NRW sehr hilfreich und macht einen guten Job; das muss man ihm ausdrücklich sagen. Denn durch diesen Landesbetrieb werden in diesem Jahr, Herr Schemmer, über 1 Milliarde € wieder einmal verbaut und auf die Straße gebracht. Das ist kein Sinkflug, den der Landesbetrieb im Straßenbau vollzieht. Nein, wir werden sogar in diesem Jahr zusätzliche Mittel verbauen. 40 Millionen € sind schon im ersten Nachschlag in Nordrhein-Westfalen angekommen, was

die Bundesfernstraßen angeht. Vielleicht wird es auch noch mehr sein, was wir vom Bund abrufen. Wir lassen auf jeden Fall keinerlei Mittel verfallen, sondern wir werden sie hier in Nordrhein-Westfalen unterbringen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das hat damit zu tun, dass wir den Landesbetrieb weiter optimiert haben. Wir werden auch im Bereich des kommunalen Straßenbaus keinen Stillstand eintreten lassen, auch wenn Sie hier immer orakeln, wir würden die Mittel nicht zweckentsprechend ausgeben. Wir haben das Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz, durch das die Mittel bis 2019 gesichert sind. Aber auch hier müssen wir auf Bundesebene kämpfen und Forderungen stellen, damit die Mittel bereitgestellt und möglicherweise noch weitere, neue Projekte begonnen werden können.

Sie, Herr Schemmer, vergeuden hier Ihre Energie. Besser wäre es, Sie würden im Bund bei Ihrem Bundesfinanzminister vorsprechen und deutlich machen, dass wir die Entflechtungsmittel sichern müssen

(Beifall von der SPD)

und dass wir im öffentlichen Personennahverkehr Sicherheit und Planbarkeit brauchen. Das ist ganz entscheidend auch in den nächsten Wochen und Monaten. Da sollten Sie einmal Forderungen stellen. Wenn man Sie, Herr Schemmer, mit „Forderungen an den Bund“ googelt, kommt: keine Treffer. Da bleibt alles aus. Sie werden hier nicht zitiert. Wir hingegen sind aktiv und kämpfen dafür, dass man nach dem realen Bedarf in Nordrhein-Westfalen auch Mittel aus dem Regionalisierungsgesetz bereitstellt. Der Bundesrat hat dies schon einmütig festgestellt. Wir hoffen, dass wir hier nicht zu spürbaren Kürzungen und einer Einschränkung des Leistungsangebotes kommen müssen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenfrage von Herrn Schemmer vor. Gestatten Sie die?

Reiner Breuer (SPD): Auch wenn es wahrscheinlich nur eine rhetorische Frage ist, gern.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Vielleicht geht es auch einmal ohne Vorurteile.

(Beifall von der CDU)

Sie sagten gerade: „Forderungen an den Bund – kein Treffer“. Können Sie sich vorstellen, dass das Führen von etwas stilleren Gesprächen

(Zuruf von der SPD: Gar nicht möglich!)

zu besseren Ergebnissen führt als das laute mediale Schreien?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Herr Schemmer ist das stillste Wasser des Landtags!)

Reiner Breuer (SPD): Herr Schemmer, Sie sind bisher nicht dadurch aufgefallen, dass Sie im Hintergrund ruhige Gespräche führen. Ich kann sie nur auffordern und Sie dazu animieren, das zu tun. Bisher sind Sie wirkungslos geblieben, Herr Schemmer. Insofern habe ich den Eindruck, dass Sie noch etwas nacharbeiten können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Breuer, es gibt noch eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Ott. Würden Sie diese auch zulassen?

Reiner Breuer (SPD): Aber sicher.

(Zurufe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Jochen Ott (SPD): Herr Breuer erklärt mir häufiger etwas. Das können wir jetzt auch hier machen.

Herr Breuer, können Sie mir einmal die Frage beantworten, in welcher Weise die Haushaltspolitiker der CDU-Bundestagsfraktion die vertraulichen Gespräche und Hinweise von Herrn Schemmer umgesetzt haben, als es um die Frage der Regionalisierungsmittel letzte Woche ging?

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Reiner Breuer (SPD): Nach meinem Eindruck, Herr Ott, und nach meinen Informationen – vielleicht hat Herr Schemmer noch andere – haben die CDU-Haushaltspolitiker gar nichts dafür getan, dass sich im Haushalts- und Finanzausschuss des Bundes etwas geändert hätte.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Jedenfalls kann uns Herr Schemmer das vertraulich einmal mitteilen. Ich jedenfalls habe das bis heute nicht zur Kenntnis genommen. – Herzlichen Dank für Ihre Frage.

(Jochen Ott [SPD]: Danke schön!)

Ich will damit zum Schluss meines Beitrages kommen und noch einmal deutlich machen, dass wir dort, wo wir Verantwortung tragen, nicht nur nach Berlin schauen, sondern auch handeln und umsetzen.

Wir haben weiterhin einen Schwerpunkt auf die Nahmobilität gesetzt. Wir stellen im nächsten Jahr 11,6 Millionen € bereit; das sind 1 Million € mehr als

im Vorjahr. Wir machen das, weil wir beim nichtmotorisierten Individualverkehr, also beim Rad- und Fußverkehr, sowie bei deren Vernetzung mit dem öffentlichen Personennahverkehr einen wesentlichen Schwerpunkt und ein großes Potenzial sehen, den Modal Split positiv zu verändern. Wir erkennen die Nahmobilität als eigenständige Mobilitätsform an, haben sie mit neuen Förderrichtlinien und auch mit Geld unterlegt. Wir sind sicher, dass das deutliche Potenziale heben kann.

Das gilt auch für die Radschnellwege. Dazu kann ich die Haltung der CDU-Fraktion nicht verstehen, die hierbei in einer politischen Sackgasse ist.

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal feststellen: Wir blicken nicht nur nach Berlin, sondern wir stellen uns unserer Verantwortung im Land Nordrhein Westfalen. Wir stellen die erforderlichen Mittel bereit, um Mobilität weiterhin zu ermöglichen.

Die Opposition ist leider ein Totalausfall. Ich habe von Ihnen bis heute noch keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gehört, wie man das besser machen könnte. Meine Damen und Herren von der Opposition, wir wollen Ihre Rolle nicht auch noch übernehmen, aber jedenfalls reicht das, was Sie hier tun, absolut nicht aus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Breuer. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt erstaunliche Parallelen zwischen der Verkehrspolitik von Nordrhein Westfalen auf der einen Seite und dem BVB in der Fußball-Bundesliga auf der anderen Seite; mein Vizepräsident möge mir das verzeihen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Oh!)

Nordrhein-Westfalen fällt wirtschaftlich hinter die anderen Bundesländer zurück. Beim Wachstum und beim Arbeitsmarkt steht Nordrhein-Westfalen überall ganz hinten und hat die rote Laterne inne.

Der Grund dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, lautet: Es wird zu wenig investiert. Die Investitionsquote von Nordrhein-Westfalen ist pro Kopf niedriger als in allen anderen 13 Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland. Laut Finanzplanung soll das bis zum Jahre 2017 so bleiben.

Genauso verhält es sich mit dem Verkehrshaushalt in Nordrhein-Westfalen. 2009 hatten wir für die Landesstraßen noch 172 Millionen € zur Verfügung. Im Jahr 2015 sind es noch 155 Millionen €. Aus dem Titel „Neubau“ fließen seit Jahren immer mehr Mittel in die Sanierung, weil beides gegeneinander deckungsfähig ist. Das ist völlig in Ordnung.

Wenn wir aber unter dem Strich insgesamt 20 Millionen € weniger für den Landesstraßenbau haben, ergeben sich dadurch weniger Möglichkeiten für die Sanierung unserer Landesstraßen. Dabei gibt es dort einen gewaltigen Sanierungsstau. Wir reden über sanierungsbedürftige Landesstraßen in der Größenordnung von 6.225 km – eine Strecke von Düsseldorf bis nach New York.

Der Neubau wird trotz des immensen Verkehrszuwachses, den wir in den nächsten Jahren erwarten, fast eingestellt. Eine einzige neue Maßnahme ist für das nächste Jahr vorgesehen. Es handelt sich also um eine reine Mangelverwaltung und eine große Gefahr für die Chancen, die wir für Wirtschaft und Arbeitsplätze brauchen.

Unser Minister, Mike Groschek, redet immer mit klaren und oft kurzen und präzisen Worten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Damit Sie das verstehen!)

Das kann man hier zusammenfassen mit: „Groschek: Stau statt Bau.“ – So kann man das in aller Kürze ausdrücken.

(Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will noch einen Aspekt zum Haushalt anführen. Sie setzen nach unserer Auffassung falsche Prioritäten. 30 Millionen € für das Sozialticket – das Geld haben wir nicht. Das können wir besser anderswo investieren. Das ist auch keine Landesaufgabe, sondern das ist eine kommunale Aufgabe.

(Jochen Ott [SPD]: Nix!)

Sie platzieren dort neue Leuchtturmprojekte – zunächst mit Planungskosten, demnächst investiven Kosten –, etwa durch ein Projekt „Radverkehr“. Das soll von der Mangelverwaltung ablenken. Aber Leuchtturmprojekte, meine Damen und Herren, haben in Nordrhein-Westfalen noch nie funktioniert. Sie funktionieren nicht bei der Landesregierung, und sie würden auch nicht beim BVB funktionieren.

Kommen wir von der Landespolitik in die höhere Liga. Da hat der BVB nach Anfangserfolgen in der Champions League enttäuscht. Genauso war es auch bei der Landespolitik: Zunächst gab es überzeugende Auftritte von Minister Groschek in Berlin, anschließend folgte die Enttäuschung.

Vor und nach der Bundestagswahl hat Nordrhein-Westfalen einen großen Einfluss auf die Bundespolitik und auf den Koalitionsvertrag suggeriert. Doch am Ende: null – kein Ergebnis. Sämtliche Vorschläge vom Minister, von der Verkehrsministerkonferenz wurden ignoriert. Nordrhein-Westfalen fordert mehr Geld für den Bundesfernstraßenbau, schafft es aber 2013 noch nicht einmal, sämtliche Mittel abzurufen. 42 Millionen € mussten zurückgegeben werden.

Ich ziehe den Vergleich zu anderen Ländern. Hessen und Rheinland-Pfalz haben zusätzlich 40 Millionen €, Niedersachsen zusätzlich 80 Millionen € und Bayern zusätzlich 140 Millionen € bekommen. Das große Delta in Nordrhein-Westfalen beträgt also nicht nur 42 Millionen €, die zurückgegangen sind, sondern man kann locker 60 Millionen € dazurechnen, die wir wie andere Länder auch hätten zusätzlich abrufen können, wenn wir baureife Projekte gehabt hätten.

Deshalb, meine Damen und Herren, wird Nordrhein Westfalen mit dieser Regierung in Berlin belächelt, wenn eine Forderung nach mehr Geld formuliert wird. Das passt nicht zusammen. Auf der einen Seite kann man nicht abrufen, und auf der anderen Seite fordert man mehr Geld.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Wenn Ihr nicht so viel gekürzt hättet bei den Straßen, wäre das einfacher!)

Das Durchsetzungsvermögen in Berlin scheint auch sein Ende erreicht zu haben. Wir haben eine Pkw-Maut zulasten von Nordrhein Westfalen. Im Schienenpersonennahverkehr wird Nordrhein-Westfalen weiter benachteiligt. Mit Blick auf den Bundesverkehrswegeplan erleben wir gerade die Initiative von Bayern, das Gerüst so umzugestalten, dass Nordrhein-Westfalen weiter benachteiligt wird und Bayern wieder profitiert.

Beim RRX haben wir nur einen Bruchteil der Finanzierung im Bereich von Köln gesichert. Die restliche Finanzierung ist nicht ausreichend oder nicht gesichert.

Also, meine Damen und Herren, lautet das Fazit: falsche Prioritäten im Haushalt, Bundesmittel verschenkt. – Das ist das Ergebnis der rot-grünen Politik. Und Nordrhein-Westfalen hat zudem keinen Einfluss auf das Bundesverkehrsministerium. Und die Verantwortung dafür liegt bei den Kollegen der CDU und der SPD in Berlin, weil sie die nordrhein-westfälischen Interessen zu schwach vertreten.

Unterm Strich noch ein Satz, Herr Präsident: Die Landesregierung und der BVB agieren unter ihrem Niveau. Jetzt kommt aber der Unterschied: Der BVB wird die Wende natürlich in der Rückrunde schaffen. Bei der Landesregierung bestehen daran große Zweifel. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Wir haben auch einen Klopp! Unser Klopp kommt gleich! – Minister Michael Groschek: Und ich habe noch Echthaar!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rasche. – Nun spricht Herr Kollege Klocke für die grüne Fraktion.

Arndt Klocke (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich kann leider nicht mit einem Fußballbild glänzen; das war ein Versuch, aber kein guter.

Wir haben in der Debatte gelernt, dass die CDU in Berlin auch für NRW-Interessen eintreten würde, und Herr Schemmer hat sich als Mann der leisen Töne angeboten. Nach den vier Jahren war immerhin das bemerkenswert. Mir ist nämlich noch nicht aufgefallen, dass Herr Schemmer als Mann der leisen und ruhigen Töne agiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2015 fällt genau in die Mitte der Legislaturperiode. Da bietet es sich an, einmal Bilanz zu ziehen. Diese fällt bei uns, den Grünen, besser aus als bei den Vorrednerinnen und Vorrednern. Ich möchte drei Beispiele nennen.

Erstes Beispiel: Erhalt vor Neubau. Wir haben uns im Koalitionsvertrag 2010 und 2012 darauf festgelegt, dass wir unsere Verkehrsinfrastruktur sanieren und auch entsprechend mehr Mittel einsetzen wollen.

Was den Haushalt 2008 oder 2009 von CDU und FDP angeht, so waren dort 77 Millionen € für den Neubau und 53 Millionen € für den Erhalt eingestellt. Wenn man jetzt in den Haushalt schaut, sieht man, dass wir dieses Verhältnis umgekehrt haben: 100 Millionen € wandern in den Erhalt der Infrastruktur unserer Straßen und nur 37 Millionen € in den Neubau. Wir werden weiterhin in diese Richtung gehen, sodass wir mehr Mittel für den Erhalt und die Sanierung ausgeben.

Priorität 2: Wir haben die Zahlungen und Zuschüsse für die Regionalflughäfen endgültig eingestellt. Der Flughafen Essen/Mülheim wird nicht mehr mit Landesgeldern gefördert. Stattdessen setzen wir das Geld in anderen Bereichen ein.

Was die Situation der Regionalflughäfen im Land angeht, so steht beispielsweise der Flughafen Münster kurz vor der Insolvenz, und in Dortmund wurden im letzten Jahr 128 Millionen € aus den klammen städtischen Kassen ausgegeben, um den Flughafen vor der Insolvenz zu retten. Wir brauchen ein Bündnis, das klar sagt, dass sich die Flughafenplanung auf die zentralen Flughäfen beschränken muss. Wir wollen nicht unnötig Mittel für defizitäre Regionalflughäfen ausgeben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unsere dritte Priorität: Wir haben 1 Million € mehr in den Aktionshaushalt für Nahmobilität eingestellt. Wir haben 2012 den wichtigen „Aktionsplan zur Förderung der Nahmobilität“ aufgelegt, und diesen wollen wir jetzt Stück für Stück abarbeiten. Dabei ist 1 Million € mehr eine gute Summe. Wir müssen jetzt gemeinsam einen Blick darauf werfen, dass die fünf Radschnellwege, die ausgelobt worden sind, entsprechend umgesetzt werden und dass wir die Gelder dafür sukzessive in den Haushalt einstellen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte zum Schluss meiner Rede drei Bitten an die GroKo in Berlin richten; einige unter uns haben schließlich Kontakte dorthin.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt werden die ganz leise!)

Die erste Bitte bezieht sich auf die Regionalisierungsmittel. Wir brauchen dringend eine Verständigung über die Fortführung der Regionalisierungsmittel, und wir brauchen insbesondere eine Dynamisierung, die über das hinausgeht, was bisher verabredet worden ist. Wenn wir den ÖPNV und den SPNV hier in Nordrhein-Westfalen so erhalten wollen, dann muss es in Berlin endlich eine Verständigung geben, was die Regionalisierungsmittel angeht.

Meine zweite Bitte lautet: Motten Sie endlich diese Pkw-Maut ein.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD, der FDP und den PIRATEN)

Es wird von Woche zu Woche desaströser und alberner. Mittlerweile haben wir den Stand erreicht, dass die Kosten der Einführung der Pkw-Maut aufgrund der technischen Notwendigkeiten etc. höchstwahrscheinlich höher sein werden als die Einnahmen durch die Pkw-Maut für den Haushalt.

Es handelt sich um ein reines Wahlkampfversprechen an die Bayern, das hier eingelöst werden soll. Wir Grünen haben dazu eine sehr klare Position: Wir lehnen die Pkw-Maut ab, und wir wollen, dass auf allen überörtlichen Straßen eine Maut für Lkw ab 3,5 t eingeführt wird. Wir als Landtag Nordrhein-Westfalen sollten dafür sorgen, dass die Pkw-Maut eingemottet wird, wenn sie am 17. Dezember ins Kabinett eingebracht wird. Dadurch würde uns vieles erspart, und wir könnten uns endlich auf das konzentrieren, was dringend notwendig ist. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Rehbaum?

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Rehbaum.

Henning Rehbaum (CDU): Lieber Kollege Klocke, Sie haben dargestellt, dass der Bund wieder etwas für den SPNV und den ÖPNV tun müsse und dass Erhalt vor Neubau gehe. Sie wollen 30 Millionen € aus dem Etat für den Neubau von Straßen herausnehmen und nur 15 Millionen € in den Erhalt stecken. Wo bleiben die anderen 15 Millionen €?

Sie haben an dieser Stelle aber eines sträflich unterlassen, nämlich zu erwähnen, dass Sie die Zuschüsse für die ÖPNV-Infrastruktur um 30 Millionen € erleichtert haben. Sie haben die Zuschüsse für die ÖPNV-Infrastruktur von 150 auf 120 Millionen € gekürzt. Ich denke, es ist ein ganz schlechtes Signal, wenn ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, bitte stellen Sie eine Frage.

Henning Rehbaum (CDU): Genau. – Wenn man in Berlin vorsprechen will, um mehr Mittel zu bekommen, ist es ein schlechtes Signal, zu Hause zu kürzen. Warum haben Sie hier nicht gegengesteuert und mehr Mittel in die ÖPNV-Infrastruktur gesteckt?

Arndt Klocke (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Rehbaum, es hat eine Verschiebung in den Etatansätzen gegeben; das ist richtig. Aber für uns ist die zentrale Frage, ob die ÖPNV/SPNV-Finanzierung, die in Berlin verabredet worden ist, über das Jahr hinaus geht oder ob es zu weiteren Einschnitten kommt. Wenn das passiert, was jetzt offensichtlich der Fall ist, dass nämlich die Regionalisierungsmittel nicht fortgeschrieben werden und auch keine Dynamisierung stattfindet, dann führt dies hier in Nordrhein-Westfalen dazu, dass die Verkehrsverbünde und Verkehrsunternehmen Strecken einschränken bzw. aufgeben müssen. Das ist so gewichtig, dass wir alle gemeinsam – das gilt auch für Sie als CDU-Fraktion – in Berlin Druck machen sollten. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Klocke. – Nun spricht Herr Kollege Fricke für die Piratenfraktion.

Stefan Fricke (PIRATEN): Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Verehrte Fahrgäste! Herr Schemmer, Herr Breuer, wenn ich bei Google „Groschek fordert“ eingebe, dann bekomme ich auch solche Treffer angezeigt, bei denen es zum Beispiel heißt „CDU fordert von Groschek“. Das kann man aber ausfiltern, indem man das Ganze in Anführungszeichen setzt. Dann bleiben immer noch etwa 3.000 Treffer übrig, bei denen Herr Groschek Forderungen an die Bundesregierung stellt.

(Jochen Ott [SPD]: Gut, dass er das macht!)

Nun aber zur Verkehrspolitik: Unsere Brücken werden immer maroder. Selbst die leidgeprüfte NRW-Wirtschaft sieht sich schon wie im Fall Leverkusen gezwungen, Brandbriefe an die Landesregierung zu schreiben.

Aber immerhin wirft Herr Groschek nicht wie letztes Jahr 42 Millionen € weg, zumindest nicht in Gänze. Einen Teil davon schiebt er einer Gesellschaft in den Rachen, die der Landesregierung erklären soll, wie sie Geld auszugeben hat. Das ist ein tolles Tauschgeschäft angesichts der Tatsache, dass das so ziemlich das Einzige ist, was Regierung und Verwaltungsbehörden auch ohne Nachhilfe wirklich gut können. Da würde noch nicht mal interessieren, wie viele Straßenbauingenieure und Planer man für diesen Betrag einstellen und selbst zu einem über-tariflichen Gehalt bezahlen könnte, den die DEGES nun wofür genau kassiert. Die DEGES hat ja offensichtlich eine seltsame Konstruktion in Art einer Superbehörde für Straßenbau und Verkehrsmanagement mit verschiedenen Ländern als Gesellschafter. Das ist weder Fisch noch Fleisch, weder öffentlich noch privat, die übliche Geldvernichtungsmaschine.

Aber eigentlich waren wir ja bei der Bahn, beim schienengebundenen Personennahverkehr. Der explodiert, zumindest die Kosten des SPNV explodieren. Die Leistungsfähigkeit implodiert dagegen eher. Das wird wohl damit zu tun haben, dass der Bund über seine Eigentümerschaft an der Bahn hier die Länder abzockt, ohne Gegenleistungen zu erbringen.

Das ist dann sicher die Motivationshilfe für den Bürger, den ÖPNV zu nutzen, vor allem für diejenigen, die sich private Mobilität nicht leisten können und auf das Sozialticket angewiesen sind. Da zeigt die Landesregierung ja schon lange ihre soziale Seite und die umweltfreundliche gleich mit. Das kostet 30 €. Oh nein, Entschuldigung, das Sozialticket gibt es im Sonderangebot für nur 29,90 €, während im ALG II-Satz gerade mal eben 19,50 € vorgesehen sind und das für Menschen, die sich anders als wir hier für einen Hungerlohn knechten lassen müssen, der nicht zum Leben reicht und den sie bei den Jobcentern auf das Existenzminimum aufstocken lassen müssen, wenn sie überhaupt Arbeit haben. Für die zählt jeder einzelne Euro.

Jetzt kommt die Ausrede der Zusagen zur Regionalfinanzierung, die vom Bund und Herrn Schäuble nicht eingehalten wurden. Das wissen natürlich alle, dass Herr Dobrindt lügt wie gedruckt. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern. Nicht umsonst hält er das famose Gutachten geheim, wenn er sagt, das von ihm in Auftrag gegebene IGES-Gutachten würde belegen, dass eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel nicht erforderlich sei. Aber wer kann denn noch Aussagen des Bundesverkehrsministers ernst nehmen angesichts seines Hin und Her, Vor und Zurück bei der Pkw-Maut?

Aber das alles ändert ja nichts daran und ist weder Grund noch Entschuldigung dafür, dass diese Landesregierung die Verkehrsinfrastruktur und nicht nur den ÖPNV allgemein, sondern ganz besonders den schienengebundenen Verkehr verlottern lässt.

Deswegen werden wir gegen die Verabschiedung des Haushalts stimmen und fordern die Landesregierung dringend auf, den Einzelhaushalt deutlich nachzubessern. Sonst haben wir demnächst hier in Nordrhein-Westfalen nicht nur einstürzende Brückenbauten – ohne Musik –, sondern auch noch ein Total Derailing nicht nur bei der Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Fricke. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Dass du, lieber Christof Rasche, Schalker bist, hätte ich nicht gedacht.

(Heiterkeit von der FDP)

Jetzt zur Verkehrspolitik: Wir machen Nordrhein-Westfalen mobil. Deshalb werden wir ein Jahrzehnt Baustellen vor der Brust haben, weil wir den Reparaturstau auflösen müssen. Ohne Auflösen des Reparaturstaus kein Auflösen des Staus!

Wir haben es endlich geschafft, die vom Landesrechnungshof schon lange geforderte Summe von 100 Millionen € für den Erhalt für die Landesstraßen in den Haushalt zu bringen.

Wir haben insgesamt 155 Millionen € für den Landesstraßenbau.

Wir haben fast 150 Millionen € für den Kommunalstraßenbau inklusive der Radwegeausbaumaßnahmen.

Wir haben eine Erwartungshaltung an den Bundesverkehrswegeplan. Leider Gottes wird der im Bewertungsverfahren des Bundes weiter verschoben.

Wir haben inzwischen eine sehr gute Bund-Länder-Kommunikation aufgebaut zu den MdB parteiübergreifend und zu den MdEP parteiübergreifend, so dass so etwas wie eine verkehrspolitische nordrhein-westfälische Familie allmählich wächst. Das ist so ähnlich wie bei dieser denkwürdigen neuen SAT.1-Hochzeitsshow. Man sieht sich zum ersten Mal, findet sich dann ganz sympathisch und muss langsam zusammenwachsen. So stelle ich mir das vor, parteiübergreifend.

Noch einmal zu den Bundesmitteln: Als Opposition würde ich auch sagen, Sie haben anno dazumal 40 Millionen zurückgegeben. Wir reden aber jetzt nicht mehr über 2013, sondern über 2014 und 2015. In 2014 haben wir schon zwei Mal einen Nachschlag vom Bund beantragt und bekommen, den zweiten Nachschlag aber nicht ganz so groß wie wir ihn wollten. Sei es drum! Wir werden voraussichtlich 930 Millionen € umsetzen. Damit auch Klarheit zu den Zahlen herrscht, lieber Kollege Schemmer!

Wir haben also unsere Hausaufgaben gemessen an 2013 gemacht.

Beim ÖPNV will ich nur auf eines hinweisen: Bei den Regionalisierungsmitteln gibt es die politische Geiselnahme der Bundesfinanzpolitik gegenüber der Verkehrspolitik.

Wir haben immerhin erreicht, dass über die Bundesratsinitiative jetzt eine zwangsweise Befassung mit unserer Initiative im Bundestag und bei der Bundesregierung notwendig geworden ist und dass jetzt wenigstens die Dynamisierungsmittel Alt bereitgestellt werden. Das ist längst nicht das, was für die Länder gutes Recht ist, aber immerhin mehr, als die schämliche Grunddotierung, die Schäuble zunächst zugelassen hatte.

Deshalb müssen wir, glaube ich, dieses dicke Brett „Regionalisierungsmittelanpassung“ weiterbohren. Der Bund weiß qua Gutachten selbst, dass er mehr auf den Tisch legen muss, und wir wissen, dass wir Mobilität und nicht Verkehr organisieren müssen. Deshalb entwickeln wir den Landesbetrieb Straßen.NRW weiter, stärken ihn, machen ihn nicht nur handlungsfähiger, sondern auch abwehrfähiger gegenüber Privatisierungsperspektiven, die spätestens nach der nächsten Bundestagswahl in Verbindung mit der sogenannten Pkw-Maut bundesweit drohen. Wir jedenfalls bleiben dabei: „Privat vor Staat“ ist kein Lösungsweg.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Schemmer zu Wort gemeldet.

(Zurufe)

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident, ich möchte in aller Kürze dem Einen oder Anderen einen Gefallen tun. – Erstens. Herr Breuer, die 3,14 Milliarden € jetzt sind weniger als die 3,16 Milliarden € in 2006.

Zweitens. Sie haben jetzt 100 Millionen € für den Erhalt vorgesehen. 2009 unter Schwarz-Gelb waren es bereits 90 Millionen €. Wenn ich die Inflation mitrechne, ist das heute real weniger.

Drittens. Bis April 2014 hat Rot-Grün über 100 Stellen für Bauingenieure abgebaut, dann wurde wieder um 20 erhöht. Das sind immer noch 80 weniger als vorher. Das jetzt zu verkaufen, als wenn es ein Gewinn wäre – na gut, jeder soll seine eigene Freude daran haben.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schemmer. – Damit sind wir am Ende der Beratun-

gen zum Einzelplan 09 und kommen zur Abstimmung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7509, den Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – Die grüne Fraktion tut das; die SPD-Fraktion tut das auch. Wer stimmt dagegen? – Die CDU stimmt dagegen, die FDP-Fraktion stimmt dagegen; auch die Piraten-Fraktion stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 09 in zweiter Lesung** mit Mehrheit des Hohen Hauses **angenommen**.

Ich rufe auf den Einzelplan 04:

Einzelplan 04 Justizministerium

Der Hinweis auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses ist hiermit erfolgt. Es handelt sich um die Drucksache 16/7504.

Ich eröffne gerne die Aussprache auch zu diesem Punkt. Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von dem finanzpolitischen Trauerspiel, das uns die Landesregierung darbietet, haben wir eigentlich schon genug gehört.

(Unruhe – Glocke)

Lassen Sie mich erklären, warum auch der Einzelplan des Justizministeriums keine Ausnahme macht. Leider hat die Landesregierung, anstatt auf Strukturveränderungen zu setzen, allein auf Einsparungen aus der verfassungswidrigen Beamtenbesoldung gehofft. Auch die große Dienstrechtsreform scheint vom Tisch zu sein. Warum? – Aufgrund der katastrophalen Finanzlage hat die Landesregierung kein Geld mehr für die Umsetzung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehruzulage. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Beamten. Die Chance, das Dienstrecht zu modernisieren, einfach ungenutzt verstreichen zu lassen, gehört sich nicht.

Sie weigern sich trotz der Finanzlage beharrlich, der Realität ins Auge zu schauen und tragfähige Konzepte für die zentralen Herausforderungen unseres Landes vorzulegen. Die CDU-Landtagsfraktion hat eine ungeschminkte Bestandsaufnahme vorgelegt. Rot-Grün setzt auf den Staat, weil Sie davon ausgehen, dass er alles am besten regeln kann. Die CDU-Landtagsfraktion vertraut dem Bürger. Rot-Grün versucht, mit mehr Regulierung zu verteilen, was vorhanden ist. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich für Freiräume ein, um Wachstum zu ermöglichen.